



ZUKUNFT
MITTE

Datum: 01.09.2025
Autor: Peter Bickel
Kategorien: Demokratie & Gesellschaft, Medienkritik &
Diskurskultur
Tags: Diskurs, Empörungskultur, Handlungsmacht,
Medienkritik, Mitte, Verantwortung

Der Schaden durch die öffentlich-rechtlichen Medien an der Mitte

„Wir verlieren die Mitte, wenn die Öffentlichen-Rechtlichen die ganze
Wahrheit verweigern.“

Undifferenziert – der Beginn allen Übels

Es ist keine Meinung, kein Bauchgefühl, keine Stimmungsmache – es ist eine Realität, die wir nicht länger ignorieren können: Die öffentlich-rechtlichen Medien entfernen sich zunehmend von ihrem Kernauftrag. Sie wirken nicht mehr wie neutrale Instanzen, sondern als moralische Bühnen, auf denen Journalisten sich als Hüter einer höheren Wahrheit inszenieren. Damit tragen sie – ob gewollt oder ungewollt – zur Spaltung der Gesellschaft bei und schwächen vor allem die demokratische Mitte.

Ein aktuelles Beispiel

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul kündigte kürzlich an, die Kriminalstatistiken künftig differenzierter zu veröffentlichen – auch mit Blick auf Herkunft und Staatsbürgerschaft von Tätern bzw. Tatverdächtigen. Ein Schritt, der Transparenz schafft und den Bürgern ermöglicht, sich ein eigenes Bild zu machen. Reul erfüllte damit schlicht seine Pflicht: Rechenschaft gegenüber den Menschen, die seine Politik bewerten sollen und die ihm einen Auftrag erteilt haben.

Doch kaum war die Nachricht öffentlich, folgten einseitige Kommentare. Unter anderem im Deutschlandfunk wurde gewarnt, solche Daten könnten Menschen mit Migrationshintergrund stigmatisieren. Die unterschwellige Botschaft: Bürgern sei diese Information nicht zuzumuten, weil sie sie angeblich falsch einordnen würden. Mit anderen Worten: Journalisten maßen sich an, die Realität zu filtern – im Namen einer vermeintlich höheren Moral.



ZUKUNFT
MITTE

Warum das gefährlich ist

Eine solche Haltung untergräbt Vertrauen in die Medien und entfremdet Menschen von den Institutionen, die eigentlich Stabilität sichern sollen. Wer den Eindruck hat, von „Besserwissern“ bevormundet zu werden, wendet sich ab – erst von den Medien, dann von der Politik, schließlich von der demokratischen Mitte. Der Weg in populistische oder extreme Lager ist dann nur ein kleiner Schritt.

Das eigentliche Problem ist also nicht, ob eine Statistik unbequeme Zahlen enthält. Das Problem ist, dass eine Kaste politisch motivierter Journalisten im Einklang mit längst abgewählten politischen Strömungen versucht, Fehler, falsche Versprechen und fatale Fehleinschätzungen durch bewusste Verfärbung der Realität zu verdecken – nur weil das mögliche Fazit der Bürger unbequem sein könnte.

Doch die Wahrheit der Zahlen ist keine Saat für einen Rechtsruck. Die Saat liegt in der Arroganz, Bürgern das Urteilsvermögen abzusprechen. Ganze Institutionen erwecken so den Eindruck, die Menschen seien nicht in der Lage, sich selbst ein Bild zu machen. In diesem Moment entsteht eine gefährliche Dynamik: Die Mitte verliert Vertrauen, die Extreme gewinnen Zulauf – denn sie hören zu, sie nennen die Zahlen und behaupten, die Lösung zu kennen. So wächst das Märchen vom „Staatsfunk“ nicht durch die Extreme selbst, sondern durch jene, die meinen, uns davor schützen zu müssen.

Die besondere Verantwortung der Öffentlich-Rechtlichen

Natürlich sind private Medien nicht frei von Einseitigkeit oder Zuspitzung – sie jagen Quoten und polarisieren. Manche verfolgen offen eine rechtsliberale Linie und scheuen vor Polemik nicht zurück.

Doch die Öffentlich-Rechtlichen haben einen anderen Auftrag. Sie werden durch Gebühren finanziert und tragen eine besondere Verantwortung: ausgewogen, differenziert und kritisch in *alle* Richtungen zu berichten. Tun sie das nicht, verraten sie ihren Auftrag – und beschädigen das Fundament der Mitte.

Was jetzt geschehen muss

- Die Mitte darf hier nicht in stiller Empörung verharren. Es braucht eine Rückkehr zu klaren Maßstäben. Toleranz gegenüber Einseitigkeit darf bei null liegen. Dabei geht es



ZUKUNFT MITTE

nicht um die Abschaffung öffentlich-rechtlicher Medien, sondern um die Rückgewinnung von Kontrolle und die konsequente Verfolgung von Verfehlungen. Nötig sind einfache, aber konsequente Schritte – oder schlicht die Durchsetzung bestehender Gesetze:

- **Transparenz statt Filterung:** Bürger haben Anspruch auf vollständige Informationen, auch wenn sie unbequem sind. Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen ist es, diese verständlich aufzubereiten – nicht, sie einseitig zu interpretieren.
- **Transparenzregister:** Medienanstalten und ihre Mitarbeiter müssen offenlegen, wo einseitige Berichterstattung stattfindet, welche Narrative wiederholt werden und wie es um die Ausgewogenheit steht.
- **Vielfalt der Perspektiven:** Kommentare dürfen wertend sein, aber nicht einseitig. Unterschiedliche Sichtweisen müssen gleichwertig nebeneinanderstehen.
- **Kritik in alle Richtungen:** Wer Regierung, Opposition und Gesellschaft gleichermaßen kritisch befragt, stärkt Vertrauen.

Was jeder Bürger tun kann

- Auch die Bürger selbst tragen Verantwortung. Wer unzufrieden ist mit der Berichterstattung, sollte:
- **Feedback geben:** Leserbriefe, Hörerforen, direkte Kritik – die Sender müssen sich daran messen lassen.
- **Medienkompetenz leben:** Nachrichten vergleichen, Quellen prüfen, bewusst unterschiedliche Sichtweisen konsumieren. Wer morgens private Sender schaut, sollte am Nachmittag eine öffentlich-rechtliche Quelle nutzen. Die Nuancen sind entscheidend für eine differenzierte Meinungsbildung.
- **Demokratisch einfordern:** In Bürgerräten, Petitionen oder im Gespräch mit Abgeordneten kann jeder verlangen, dass der öffentlich-rechtliche Auftrag erfüllt wird. Die Kritik muss dabei Inhalte und Verantwortliche adressieren – nicht die Institution als Ganzes.

Ein Appell an die Mitte

Die Mitte darf die Deutungshoheit über Realität und Debatte nicht den Extremen überlassen. Sie darf einseitige Berichterstattung auf Kosten



ZUKUNFT MITTE

der Bürger nicht akzeptieren. Schweigen oder resigniertes Wegschauen ist gefährlicher als jede Schlagzeile.

Es braucht eine selbstbewusste, kritische, aber konstruktive Haltung: keine falsche Schonung, keine künstliche Empörung – sondern die entschlossene Forderung nach Ausgewogenheit und Respekt gegenüber mündigen Bürgern.